

# Wenn der Bock zum Gärtner wird

## Beeinflussung der Politik durch Geschäftsinteressen

**Ein Beispiel par excellence: Mit der Wahl Thaksin Shinawatras im Jahr 2001 zum Premierminister Thailands wurde nicht nur einer der reichsten Männer an die Spitze der Regierung gewählt, sondern auch einer der mächtigsten und erfolgreichsten Unternehmer des Landes.**

Corinna Johannsen

Thaksin hatte seine Thai Rak Thai (TRT, »Thais lieben Thais«) Partei erst 1998 als unmittelbare Reaktion auf die Auswirkungen der Asienkrise von 1997 gegründet. Er sah insbesondere die Interessen der Unternehmerschaft nicht ausreichend repräsentiert und schaffte es so, eine große Zahl von vor allem mittelständischen Geschäftsleuten für seine Partei zu gewinnen. Diese hatten den größten wirtschaftlichen Schaden infolge der Asienkrise zu tragen und fühlten sich von der zögerlichen Politik der alten, bürokratisch-royalistischen Elite nicht hinreichend berücksichtigt. In der Person Thaksins kam damit geradezu idealtypisch das Streben einer neuen Generation von Unternehmern nach politischer Einflussnahme zum Ausdruck.

Es dauerte dann auch nicht mehr sehr lange, bis Thaksin begann, sich selbst als »CEO« von »Thailand Inc.« zu bezeichnen. Er vertrat öffentlich die Ansicht, ein Land müsse geführt werden wie ein großes Unternehmen.

Allerdings sah sich Thaksin direkt nach seiner Wahl mit schweren Vorwürfen konfrontiert, die zu einem Verfahren vor dem Verfassungsgericht führten. Ihm wurde angelastet, während seiner Amtszeit von 1997-1998 als stellvertretender Premierminister in der Regierung Chuan Leekpais der Pflicht zur Offenlegung seiner Vermögenswerte nicht vollständig nachgekommen zu sein: So wurden zwei seiner Hausangestellten an der Börse unter den zehn größten Aktionären geführt. Das Verfahren wurde jedoch – wenn auch unter umstrittenen Umständen – zugunsten Thaksins entschieden.

Unter diesem Vorzeichen begonnen, blieb auch die weitere Amtszeit Thaksins nicht frei von derartigen Vorfällen. Dies lässt sich schon erahnen, wenn man die Zusammensetzung seiner Regierung betrachtet. Wie Chris Baker und Pasuk Phongpaichit feststellten, bestand diese in erster Linie aus Vertretern der Geschäftswelt: Neben Thaksin als mächtigstem Einzelunternehmer waren unter anderem auch Vertreter von Charoen Pokphand (CP, der größte Konzern im Agrarbereich), Maleenont (der größte Aktionär an der thailändischen Börse) und Summit (der größte thailändische Fertigungsbetrieb) direkt in der Regierung vertreten. Damit hatten die wichtigsten Wirtschaftsvertreter des Landes nun unmittelbaren Anteil an der Regierungsverantwortung.

Bald nach seiner Wahl wurde deutlich, wie Thaksin seine politische Macht in Zukunft zu nutzen gedachte, um seine Geschäftsinteressen weiter voranzutreiben. Seine Regierung unternahm verschiedene Schritte, um die Telekommunikationsindustrie im Allgemeinen und das Unternehmen Thaksins, Shin Corporation, eines der größten Telekommunikationsunternehmen Thailands, im Besonderen zu stärken.

Die Verfassung von 1997 sah die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Verwaltung und Liberalisierung der Telefonfrequenzen vor. Allerdings gestaltete sich dieser Prozess aufgrund verschiedener Rechtsstreitigkeiten sehr schwierig und die Regierung unternahm auch keine Anstrengungen einzugreifen. Die bestehenden Strukturen blieben folglich erhalten. Für Shin Corporation bedeutete dies vor allem, dass das Unternehmen weiterhin von den Konzessionen profitieren konnte, die ihm Jahrzehnte zuvor zugesprochen worden waren.

Als ein unabhängiger Think Tank den Unternehmen des Telekommunikationssektors empfahl, zukünftige Konzessionsgebühren schon im Voraus zu zahlen, bevor die *World Trade Organization* (WTO) im Jahr 2006 eine Liberalisierung des Sektors einleiten würde, reagierte die Regierung hierauf mit der

Die Autorin studierte in Trier Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Französische Philologie. Ihre Magisterarbeit hat sie zu »Demokratieregression in Thailand« verfasst.

Einführung einer neuen Verbrauchssteuer: So wurde die Last von den Unternehmen hin zu den Konsumenten verschoben.

**Die Gesetze wurden »angepasst«**

Auch als sich die Regierung Thaksins im Jahr 2006 heftigen politischen Protesten ausgesetzt sah, nahm Thaksin weiterhin umstrittene Geschäfte vor: Im Februar 2006 verkaufte er die Aktien seines Unternehmens an eine Firma aus Singapur, ohne dafür Steuern zu zahlen. Dies wurde überhaupt erst durch die Anpassung eines Gesetzes eigens zu diesem Zweck ermöglicht. Allerdings löste Thaksin damit noch heftigere Kritik an seiner Person aus, was die damals einsetzende Polarisierung der Bevölkerung weiter verschärfte.

Kritisch zu beurteilen ist auch die Zusammenarbeit von Thaksin und CP, welche sich überaus bedenklich auf die Regierungspolitik auswirkte. Ursprünglich waren CP und Shin Corporation Konkurrenten gewesen. In der Nachwirkung der Krise kündigten sie aber eine Fusion im Bereich des Kabelfernsehens an. CP wurde daraufhin zu einem der größten Unterstützer von Thaksins politischem Aufstieg. Der Schwiegersohn von Dhanin Chearavanont (leitender Geschäftsführer von CP) zählte zu den Gründungsmitgliedern der TRT. Ein weiterer enger Verwandter der CP-Führungsrige erhielt sogar einen Ministerposten in der neuen Regierung.

Der ursprüngliche Geschäftsbereich von CP liegt in der Hühnerzucht: Der Konzern ist der größte Produzent von Geflügelfleisch und -futter Asiens. Mit dem Ausbruch der Vogelgrippe im Jahr 2003 in Asien wurde der ganze Einfluss, den CP auf die thailändische Politik gewonnen hatte, deutlich: Die Regierung – allen voran Thaksin – bestritt über Monate hinweg vehement, dass es in Thailand Fälle von Vogelgrippe gegeben hatte. Stattdessen zeigte sich Thaksin fröhlich ein Hühnchen essend im nationalen Fernsehen, um zu suggerieren, dass thailändisches Hühnerfleisch frei von dem Vogelgrippevirus sei.

Erst im Januar 2004 räumte die Regierung ein, dass das Virus nun auch Thailand erreicht habe. Mitarbeiter des nationalen Instituts für Tiergesundheit gehen hingegen davon aus, dass das Virus sich bereits seit November 2003 in Thailand verbreitete. Diese Informationen wurden von der Regierung aber systematisch zurückgehalten.

Durch eine solche Praxis wurde es der CP-Gruppe ermöglicht, seine Exporte von Geflügelfleisch weiter fortzusetzen und seine Gewinne ganz erheblich zu steigern: Der Preis für Geflügelfleisch war bedingt durch die Verbreitung des Virus stark gestiegen. Noch im Januar 2004 bestritten Sprecher des Konzerns, dass die Vogelgrippe

auch Thailand erreicht habe. Nachdem dann aber auch CP einräumen musste, dass das Virus Thailand erreicht hatte, versuchte das Unternehmen die kleineren Farmer für die Verbreitung des Virus verantwortlich zu machen. Dies führte dazu, dass zahlreiche kleinere Betriebe geschlossen wurden, bzw. ihre Existenzgrundlage verloren.

Diese offensichtliche Beeinflussung der Regierungspolitik durch Geschäftsinteressen stieß in der Bevölkerung auf große Empörung: Die Eltern eines Jungen, der an der Vogelgrippe gestorben war, gaben der Regierung die Schuld für den Tod ihres Kindes. Die Mutter erklärte, die Ärzte im Krankenhaus hätten ihr zwar bestätigt, dass es sich bei der Krankheit ihres Sohnes um die Vogelgrippe handelte. Jedoch wurde sie dazu aufgefordert, darüber Stillschweigen zu bewahren, da es verboten sei, über das Virus zu sprechen.

Die Beteiligung von CP an Regierungsentscheidungen war jedoch insgesamt keine Neuheit der Thaksin-Administration: So wurde im Jahr 1997 ein Gesetz, welches das Verbot von Hahnenkämpfen vorsah, kurzerhand wieder zurückgenommen. Der damalige Innenminister Snoh Tienthong erklärte auf Nachfrage, die CP-Gruppe habe ihn direkt dazu aufgefordert, das Gesetz wieder aufzuheben, da die Zucht von Kampfhähnen ein gewinnbringendes Geschäft sei. CP war also schon zuvor ein politisch einflussreiches Unternehmen gewesen – der Zugang zur Politik wurde in der Regierung Thaksins jedoch wesentlich direkter.

Auch heute ist die Korruptionsbekämpfung in der thailändischen Innenpolitik noch immer ein wichtiges Instrument auf dem Weg zu mehr Transparenz. Unter der aktuellen Regierung der Democrat Party (DP) mit Premierminister Abhisit Vejjajiva wurden bisher jedoch keine größeren Korruptionsskandale bekannt.

Eine Fassung des Artikels mit ausführlicher Literaturangabe ist bald auf den *südostasien*-Seiten unserer Homepage unter <http://asienhaus.de/suedostasien-neu> zu finden.

